

II - 2661 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1432/J

A n f r a g e

1987 -12- 17

der Abgeordneten Mag. Waltraud Horvath  
und Genossen  
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
betreffend Demokratie und Menschenrechte in der Türkei

Bei den Parlamentswahlen am 29. November 1987 errang die Mutterlandspartei Turgut Özals mit 36,5 % der Stimmen die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Die türkische Regierung behauptet, in der Türkei herrschen wieder demokratische Verhältnisse und ihr Land sei ein Teil des demokratischen Europas. In der Realität aber gibt es in der Türkei noch eine Menge Mißstände, die zum Teil in der Verfassung und in Gesetzen begründet sind, die gegen die allgemein anerkannten demokratischen Regeln in Europa verstoßen.

Die Türkei ist das einzige Land Europas, das verschiedene politische Parteien verbietet, z.B. kommunistische, kurdische Parteien. In der Türkei finden nach wie vor Menschenrechtsverletzungen statt, in den Gefängnissen und durch die Polizei wird internationalen Presseberichten zufolge immer wieder gefoltert.

Zur Zeit befinden sich 54.000 politische Häftlinge in den Gefängnissen. Die beiden jüngsten Verhaftungen, gegen die alle demokratischen Kräfte Europas scharf protestierten, betrafen die heimgekehrten Generalsekretäre Haydar Kutlu (Kommunistische Partei) und Dr. Nihat Sargin (Arbeiterpartei). Die beiden Politiker wurden auch gefoltert, sie haben in der Zwischenzeit auch Anzeige gegen die türkische Polizei erstattet.

Die Politiker Kutlu und Sargin werden ab 15. Jänner 1988 in Ankara vor Gericht stehen. Dieser politische Prozeß trifft in der ganzen Welt auf größte Aufmerksamkeit, da sein Ausgang für die erwünschte demokratische Entwicklung in der Türkei von größter Bedeutung ist.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Ansicht, daß Demokratisierungsbestrebungen in der Türkei durch Österreich beobachtet und unterstützt werden sollen, wie es auch in anderen Ländern geschieht, und stellen daher folgende

A n f r a g e:

1. Haben Sie als österreichischer Außenminister gegen die Verhaftung und Folter der türkischen Politiker Sargin und Kutlu protestiert, oder - falls dies nicht der Fall ist - werden Sie es tun?
2. Werden sie dafür eintreten, daß in der Türkei
  - alle politischen Parteien zugelassen werden,
  - die repressiven, die politische Freiheit einschränkenden §§ 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft werden,
  - eine Generalamnestie für politische Gefangene erlassen wird,
  - die Todesstrafe abgeschafft wird,
  - die politischen Flüchtlinge wieder in ihr Land zurückkehren und dort legal arbeiten können?
3. Welche Bedeutung messen Sie dem Prozeß und dessen Ausgang gegen Sargin und Kutlu bei; vor allem im Hinblick auf seine Bedeutung für die Demokratisierung in der Türkei?
4. Werden Sie diesen Prozeß verfolgen und darauf achten und drängen, daß er nach international fairen Regeln abläuft?